**Verordnung
betreffend Kosten und Entschädigungen in der Zivil- und
Strafrechtspflege**

Vom 28. November 1995 (Stand 1. Januar 2007)

Das Obergericht des Kantons Zug,

gestützt auf die §§ 96 Abs. 1 und 99 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden vom 3. Oktober 1940 mit den seitherigen Änderungen¹⁾,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt die Verfahrenskosten und die Entschädigungen in der Zivil- und Strafrechtspflege sowie die ausserprozessualen Gebühren.

§ 2 Verfahrenskosten

¹ Die Verfahrenskosten setzen sich zusammen aus

- a) den Spruchgebühren
- b) den Kanzleigebühren
- c) den Auslagen.

§ 3 Bemessung der Spruchgebühr

¹ Die Spruchgebühr bemisst sich nach den Bestimmungen des Gerichtsorganisationsgesetzes (§ 96) und der Zivilprozessordnung (§ 37) im Rahmen der nachstehenden Ansätze.

¹⁾ BGS [161.1](#)

§ 4 Spruchgebühren für nicht ausdrücklich erwähnte Verrichtungen

¹ Soweit diese Verordnung für die Amtstätigkeit gerichtlicher Instanzen keine besonderen Spruchgebühren vorsieht und wenn gerichtliche Instanzen in der Justizverwaltung tätig werden, beträgt die Gebühr in der Regel Fr. 50.– bis Fr. 2000.–.

§ 5 Erhöhung der Spruchgebühr

¹ In besonders umfangreichen oder schwierigen Fällen kann die Spruchgebühr bis auf das Doppelte des jeweils anwendbaren ordentlichen Höchstansatzes, in Ausnahmefällen auch um mehr, erhöht werden.

§ 6 Herabsetzung der Spruchgebühr

¹ Bei Erledigungsbeschlüssen oder wenn das Verfahren sonst einen besonders geringen Aufwand erfordert, können die Mindestansätze angemessen unterschritten werden.

² Verzichten die Parteien nach der mündlichen Eröffnung oder nach der Zustellung des Dispositivs auf die schriftliche Begründung eines Entscheides, kann die Spruchgebühr um höchstens einen Drittel ermässigt werden.

§ 7 Aufführung der Kosten im Entscheid

¹ Spruchgebühr, Kanzleigebühen und Auslagen sind gesondert aufzuführen. Im Strafbefehlsverfahren können die Verfahrenskosten pauschaliert werden.

² Gebühren und Auslagen, die im Zeitpunkt des Entscheides noch nicht bekannt sind, können vorbehalten und später in Rechnung gestellt werden. Der Vorbehalt ist im Entscheid aufzuführen.

§ 8 Einzug der Verfahrenskosten und Verzugszinsen

¹ Die Kanzlei der Behörde, die sich mit der Sache als einzige oder letzte Instanz befasst hat, zieht die Verfahrenskosten ein.

² Bei Einstellung des Verfahrens durch das Verhöramt zieht die Kanzlei des Kantonsgerichtes die Verfahrenskosten ein.

³ Auf die Verfahrenskosten wird nach Ablauf der Zahlungsfrist ein Verzugszins von 5 % geschuldet. *

2. Spruchgebühren in Zivilsachen

§ 9 Vermittlungsverfahren

¹ Im Vermittlungsverfahren beträgt die Spruchgebühr:

- a) Streitwert bis und mit 1 000: 20 bis 60 Franken
- b) Streitwert über 1 000 bis und mit 10 000: 30 bis 80 Franken
- c) Streitwert über 10 000 bis und mit 80 000: 40 bis 100 Franken
- d) Streitwert über 80 000 bis und mit 300 000: 50 bis 150 Franken
- e) Streitwert über 300 000: 75 bis 300 Franken
- f) in Ehescheidungsprozessen: 25 bis 150 Franken
- g) in anderen Prozessen ohne bestimmten Streitwert: 10 bis 150 Franken
- h) in Ehrverletzungssachen: 25 bis 150 Franken

§ 10 Ordentliches Verfahren

¹ Im ordentlichen Verfahren beträgt die Spruchgebühr:

Streitwert in Franken	Gebühr in Franken	Jedoch höchstens (in % des Streitwertes)
bis und mit 200	20 bis 75	
über 200 bis und mit 1 000	40 bis 150	20 %
über 1 000 bis und mit 3 000	75 bis 400	15 %
über 3 000 bis und mit 5 000	200 bis 600	13 %
über 5 000 bis und mit 10 000	300 bis 1000	12 %
über 10 000 bis und mit 20 000	500 bis 1 600	10 %
über 20 000 bis und mit 40 000	800 bis 2 000	8 %
über 40 000 bis und mit 80 000	1 000 bis 3 200	5 %
über 80 000 bis und mit 160 000	1 600 bis 4 800	4 %
über 160 000 bis und mit 300 000	2 400 bis 7 500	3 %

Streitwert in Franken	Gebühr in Franken	Jedoch höchstens (in % des Streitwertes)
über 300 000 bis und mit 600 000	3 750 bis 12 000	2,5 %
über 600 000 bis und mit 1 000 000	6 000 bis 15 000	2 %
über 1 000 000 bis und mit 2 000 000	7 500 bis 20 000	1,5 %
über 2 000 000 bis und mit 4 000 000	10 000 bis 30 000	1 %
über 4 000 000 bis und mit 6 000 000	15 000 bis 36 000	0,75 %
über 6 000 000 bis und mit 8 000 000	18 000 bis 40 000	0,6 %
über 8 000 000	20 000	0,5 %

² Bei unbestimmtem Streitwert oder wenn keine vermögensrechtlichen Interessen im Streite stehen, beträgt die Spruchgebühr Fr. 20.– bis Fr. 6000.–.

³ Sind periodisch wiederkehrende Leistungen, namentlich Unterhaltsbeiträge, im Streit, kann die gemäss Abs. 1 berechnete Gebühr bis auf die Hälfte ermässigt werden. Eine weitere Herabsetzung nach § 6 bleibt vorbehalten.

§ 11 Summarisches Verfahren

¹ Im summarischen Verfahren beträgt die Spruchgebühr einen Fünftel bis die Hälfte des Betrages, der sich in Anwendung von § 10 ergibt.

§ 12 Nichtstreitige Rechtssachen

¹ Fehlt nach der Natur des Verfahrens eine beklagte Partei oder ist sie nicht anzuhören, so beträgt die Spruchgebühr Fr. 50.– bis Fr. 3000.–.

§ 13 Rechtsmittelverfahren

¹ Im Berufungs- und im Beschwerdeverfahren finden die für die Vorinstanz geltenden Ansätze und Bemessungsgrundsätze Anwendung unter Berücksichtigung des noch in Betracht fallenden Streitwertes.

² Bei der Ablehnung eines Gesuches um Wiederaufnahme des Verfahrens beträgt die Spruchgebühr Fr. 50.– bis Fr. 1000.–.

§ 14 Erläuterungsverfahren

¹ Wird ein Gesuch um Erläuterung, Berichtigung oder Ergänzung eines Entscheides abgewiesen, kann eine Spruchgebühr von Fr. 50.– bis Fr. 600.– erhoben werden.

§ 15 Rechtshilfeverfahren

¹ Für die Erledigung auswärtiger Rechtshilfe-Ersuchen wird eine Spruchgebühr von Fr. 50.– bis Fr. 500.– erhoben, soweit nicht bundesrechtliche Vorschriften, Staatsverträge oder Konkordate Gebührenfreiheit vorsehen.

3. Gebühren in Strafsachen

§ 16 Untersuchungsverfahren

¹ Für das Untersuchungsverfahren, die polizeilichen Ermittlungen eingeschlossen, wird eine Spruchgebühr von Fr. 20.– bis Fr. 10 000.– erhoben.

² Für die Untersuchungshaft werden pro Tag Fr. 30.– berechnet.

§ 17 Erstinstanzliches Verfahren

¹ Im Strafbefehlsverfahren gegen Erwachsene wird eine pauschale Gebühr von Fr. 20.– bis Fr. 2000.– erhoben, im Strafbefehlsverfahren gegen Jugendliche eine solche von Fr. 10.– bis Fr. 200.–. *

² Im Übrigen betragen die Spruchgebühren:

- a) für Urteile der Einzelrichter Fr. 100.– bis Fr. 2000.–
- b) für erstinstanzliche Urteile des Jugendgerichtes Fr. 50.– bis Fr. 1000.–
- c) für erstinstanzliche Urteile des Strafgerichtes Fr. 200.– bis Fr. 10 000.–

§ 18 Rechtsmittelverfahren

¹ Im Berufungsverfahren finden die für die Vorinstanz geltenden Ansätze und Bemessungsgrundsätze Anwendung.

² Im Beschwerdeverfahren beträgt die Spruchgebühr Fr. 50.– bis Fr. 3000.–.

³ Bei der Ablehnung eines Gesuches um Wiederaufnahme des Verfahrens beträgt die Spruchgebühr Fr. 50.– bis Fr. 1000.–.

§ 19 Nachträgliche richterliche Anordnungen

¹ Für nachträgliche richterliche Anordnungen beträgt die Gerichtsgebühr Fr. 50.– bis Fr. 600.–.

4. Kanzleigebühren

§ 20 Kanzleigebühren

¹ Die Kanzleien erheben folgende Gebühren:

- a) für die Ausfertigung von Entscheiden, je ganze oder angefangene Normalformatseite des Originals und der Kopien: Fr. –.50
- b) für die Erstellung von Kopien, je ganze oder angefangene Normalformatseite: Fr. 2.–
- c) für die Ausstellung eines Zeugnisses oder für Bescheinigungen aller Art: Fr. 15.– bis Fr. 35.–
- d) für die Aufbewahrung von letztwilligen Verfügungen oder anderen Dokumenten: Fr. 20.– jährlich
- e) für die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertgegenständen, Wertpapieren oder Geld: jährlich 1 % des effektiven Wertes, mindestens Fr. 20.–
- f) für die Beglaubigung der Unterschrift von Privaten: Fr. 15.–
- g) für die Beglaubigung der Unterschrift von Beamten und Urkundspersonen: Fr. 7.–
- h) für die Beglaubigung von vorgelegten Protokollauszügen, Abschriften und Fotokopien, je ganze oder angefangene Normalformatseite: Fr. 15.–
- i) für die Einsichtnahme in Akten durch Dritte entsprechend dem Aufwand: Fr. 30.– bis Fr. 500.–; mit Versicherungsgesellschaften kann eine jährliche Pauschalgebühr von Fr. 400.– bis Fr. 5000.– vereinbart werden.

5. Entschädigung von Zeugen, Auskunftspersonen, Sachverständigen und Übersetzern sowie Drittpersonen

§ 21 Zeugen

¹ Zeugen beziehen für jedes Erscheinen vor einer Zivil- oder Strafbehörde eine Entschädigung von Fr. 20.– bis Fr. 100.–.

² Sie haben Anspruch auf Ersatz ihrer notwendigen Spesen und Auslagen.

³ Ein allfälliger Verdienstaussfall ist ihnen angemessen zu ersetzen, höchstens aber mit Fr. 100.– pro Stunde.

⁴ Bedürfen Zeugen wegen besonderer Umstände einer Begleitperson, so hat diese die gleichen Ansprüche wie Zeugen.

§ 22 Auskunftspersonen

¹ Auskunftspersonen kann eine Entschädigung gemäss § 21 ausgerichtet werden.

§ 23 Sachverständige und Übersetzer

¹ Die Entschädigung an Sachverständige und Übersetzer wird aufgrund der eingereichten Honorarnote, nach Vereinbarung oder nach Angemessenheit festgesetzt.

§ 24 Drittpersonen

¹ Dritte, die sich aufgrund richterlicher Anordnung einer Untersuchung an der Person unterziehen müssen, werden wie Zeugen entschädigt.

6. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 25 Aufgehobene Erlasse

¹ Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung sind alle mit ihr in Widerspruch stehenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere die Verordnung betreffend Kosten und Entschädigungen in der Zivil- und Strafrechtspflege vom 5. Oktober 1981²⁾.

§ 26 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

¹ Diese Verordnung tritt auf den 1. Januar 1996 in Kraft.

² Sie findet Anwendung auf alle im Zeitpunkt des Inkrafttretens hängigen Zivil- und Strafverfahren.

²⁾ GS 22, 141

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
28.11.1995	01.01.1996	Erlass	Erstfassung	GS 25, 171
11.01.2005	01.01.2007	§ 8 Abs. 3	geändert	GS 29, 293
11.01.2005	01.01.2007	§ 17 Abs. 1	geändert	GS 29, 293

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
Erlass	28.11.1995	01.01.1996	Erstfassung	GS 25, 171
§ 8 Abs. 3	11.01.2005	01.01.2007	geändert	GS 29, 293
§ 17 Abs. 1	11.01.2005	01.01.2007	geändert	GS 29, 293